

Schriftliche Kleine Anfrage

der Abgeordneten Kristin Heyne (GRÜNE/GAL) vom 03. 07. 89

und Antwort des Senats

Betr.: Transport radioaktiver Güter

1. *In welchen Mengen (kg oder t) wurden seit dem 1. Januar 1988 wie viele Transporte mit leicht- und mittelaktiven Abfällen oder Stoffen (bitte jeweils die genaue Bezeichnung angeben) von oder zu den AKWs in Stade, Brunsbüttel, Brokdorf und Krümmel und der GKSS in Geesthacht und im Im- und Export sowie im Transitverkehr über Hamburg gebracht? (Bitte jeweils mit Nennung des Absenders und Empfängers sowie des Datums des einzelnen Transportes.)*

Im Gefahrguttransportrecht werden die in der Fragestellung verwendeten Begriffe „leicht- und mittelaktiv“ nicht verwendet. Die hier geforderten Angaben werden statistisch in der Behörde für Inneres nicht erfaßt, da hierfür ein gesetzlicher Auftrag nicht besteht und die Angaben zur Aufgabenerfüllung nicht benötigt werden.

2. *Im Rahmen des Im- und Exports und des Transitverkehrs ist häufig die senatseigene HHLA am Umschlag von radioaktiven Gütern beteiligt. Welche Bedeutung hat der Umschlag nach Auffassung des Senats für die HHLA aus wirtschaftlicher Sicht?*
3. *Die HHLA ist seit dem Frühjahr 1988 an die Stelle der Lübecker Hafen- und Lager-Gesellschaft getreten, nachdem dort aufgrund des starken politischen Drucks die Transporte von überwiegend Urandioxid, Uranhexafluorid und unbestrahlten Brennelementen, Reststoffen usw. nach Schweden (und Finnland) nicht mehr möglich waren. Damit wurde der Anteil Hamburgs im internationalen Atomgeschäft noch mehr ausgebaut.*
- a) *Wie steht der Senat zu dieser Vertragsübernahme der HHLA, die dem Sinn des Ausstiegsbeschlusses von 1986 widerspricht?*
- b) *Was wird der Senat unternehmen, um den weiteren Ausbau dieses atomaren Geschäfts zu unterbinden?*
- c) *Wird der Senat künftig auf die Geschäftspolitik der HHLA dahin gehend einwirken, daß keine neuen Verträge in diesem Geschäftsbereich abgeschlossen werden und die bestehenden Verträge nicht verlängert bzw. gekündigt werden? Wenn nein, warum nicht?*

Die HHLA schlägt, ebenso wie jeder andere Hafenbetrieb, im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen alle Güter um.

Bei einer Selektion von Gütern nach anderen als rechtlichen und kaufmännischen Kriterien liefe sie Gefahr, ihre Position im Wettbewerb zu beeinträchtigen. Die Abwicklung der zum normalen Geschäftsgebaren gehörenden Vorgänge unterliegt gemäß Aktiengesetz dem Vorstand. Der Senat hat keinen Anlaß, an der verantwortlichen Geschäftsführung durch den Vorstand der HHLA zu zweifeln.

4. *Meines Wissens ist das Gutachten über die Gefahren von „Kernbrennstofftransporten“ an die Gruppe Ökologie Hannover vergeben worden:*

a) *Welche Fragestellungen sollen im einzelnen untersucht werden?*

Das Gutachten „Gefahrenanalyse Kernbrennstofftransporte“ ist im Juni dieses Jahres in Auftrag gegeben worden. Die Gruppe Ökologie Hannover soll laut Leistungsbeschreibung zu den Komplexen

- Unfallgefahren beim Transport von Kernbrennstoffen durch Hamburg,
- Diskussion von Sicherheitsanforderungen,
- Möglichkeiten und Grenzen von Gegenmaßnahmen

gutachterlich tätig werden.

Die Transporte von bestrahlten Brennelementen durch Hamburg finden überwiegend mit der Bundesbahn statt, so daß Hamburg bzw. die Umweltbehörde rechtlich keine Kontrollmöglichkeiten hat.

- b) *Werden diese Transporte im Gutachten dennoch untersucht? Wie wird dies aussehen?*

Auch der Transportweg Schiene und die Gefahrenmomente aus dem Bahntransport sollen Gegenstand des in Auftrag gegebenen Gutachtens sein. Transportwege sollen analysiert und Gefahrenmomente u. a. beim Bahntransport identifiziert werden.

- c) *Gibt es seitens der Bundesbahn eine Zusage, ihre Informationen der Umweltbehörde bzw. der Gruppe Ökologie zur Verfügung zu stellen?*

d) *Gab es Gespräche mit der Bundesbahn über dieses Problem? Wie hat sich die Bundesbahn dazu verhalten?*

Die Aufsichtsbehörde der Bundesbahn für die Beförderung radioaktiver Stoffe, das Bundesbahn-Zentralamt Minden, hat der Umweltbehörde auf eine entsprechende Anfrage schriftlich mitgeteilt, daß sie grundsätzlich an der Erstellung von Gutachten in bezug auf Kernbrennstofftransporte interessiert ist.

Bevor sie jedoch eine endgültige Zusage zu einer Unterstützung im Sinne von Mitarbeit geben wollte, bat die o. g. Aufsichtsbehörde um Mitteilung, wer das Gutachten erstellen soll, da sie bei einigen Instituten mit der Interpretation ihrer Daten nicht einverstanden war.

Da die Auswahl des auftragnehmenden Institutes unabhängig von den Vorstellungen bei der Deutschen Bundesbahn erst im Mai/Juni abgeschlossen wurde, können erst jetzt weitergehende Gespräche mit der Aufsichtsbehörde der Bahn geführt werden.

- e) *Hält es der Senat für notwendig und wünschenswert, ein Gutachten auch über die Transporte von schwach- und mittelaktiven Abfällen oder Stoffen, die nicht als Kernbrennstoffe gelten, in Auftrag zu geben? Wenn ja, wann soll dies erfolgen? Wenn nein, warum nicht?*

Der Senat macht eine Entscheidung über die Vergabe eines weiteren Gutachtens vom Ergebnis des Gutachtens „Gefahrenanalyse Kernbrennstofftransporte“ abhängig.